

## "Bitte, nicht General" in Der Spiegel (22. Februar 1947)

**Legende:** Das Nachrichtenmagazin Der Spiegel beschreibt in seiner Ausgabe vom 22. Februar 1947 die Situation im Bürgerkrieg kurze Zeit vor dem Rückzug der britischen Truppen aus Griechenland.

**Quelle:** Der Spiegel. Das deutsche Nachrichtenmagazin. Hrsg. AUGSTEIN, Rudolf ; Herausgeber STEMPKA, Roman; TOLL, Hans J. 22.02.1947, n° 8; 1. Jg. Hannover: Spiegel-Verlag G.M.B.H. "Bitte, nicht General", p. 9.

**Urheberrecht:** (c) Der Spiegel

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/bitte\\_nicht\\_general\\_in\\_der\\_spiegel\\_22\\_februar\\_1947-de-578a0ec0-d7c0-41a7-8194-00d4005dad45.html](http://www.cvce.eu/obj/bitte_nicht_general_in_der_spiegel_22_februar_1947-de-578a0ec0-d7c0-41a7-8194-00d4005dad45.html)

**Publication date:** 03/07/2015

## Bitte, nicht General

### Pulverkammer Griechenland

Dr. G. Thomas, Labour-Abgeordneter und Mitglied der Balkan-Kommission, war kürzlich fünf Tage lang in dem von den griechischen Aufständischen besetzten Gebiet verlorengegangen. Sein Ausbleiben gab bereits zu ernststen Bedenken Anlaß.

Nach seiner Rückkehr erzählte er dann dem Korrespondenten des „Daily Herald“ interessante Einzelheiten. Danach ließ Mr. Thomas seinen Wagen auf der Hauptstraße stehen und ging querfeldein. Es erschien ein Soldat, der eine Flinte über der Schulter trug, seine Hand höchst dramatisch ausstreckte und sagte: „Andartes“ (Bezeichnung der Angehörigen der „Demokratischen Armee“). Der Engländer wurde auf seinen Wunsch zu Marcos Vafiades dem Chef der „Demokratischen Armee“, geführt, der ihn äußerst liebenswürdig aufnahm und sogleich bat, ihn nicht mit „General“ anzureden. Marcos Vafiades betonte im übrigen, daß er seine Leute durchaus in der Hand habe, Verbrechen kämen nicht vor. Jedermann müsse seine charakterliche Eignung nachweisen, ehe er Andartes werden könne. Er stritt ab, daß seine Streitkräfte irgendwelche Hilfe von außerhalb der Grenzen erhielten. Was sie benötigten, würden sie sich von der griechischen Armee holen.

Die in Athen erscheinende kommunistische Zeitung „Ricopastis“ hatte von der Bildung eines französischen Freiwilligenkorps für Griechenland berichtet. Dieses Freikorps sollte an der Seite der Demokratischen Armee kämpfen. Auch in Großbritannien, Belgien und Holland sollten internationale Brigaden gebildet werden. General Marcos wies jede Einmischung von draußen zurück. „Wir sind Griechen“, sagte er.

Zur Bevölkerung der umliegenden Dörfer stehen die Radikalen im übrigen in einem recht freundlichen Verhältnis. Die Dorfleute werden von ihnen zusätzlich versorgt, sogar mit UNRRA-Waren.

Inzwischen ist von englischer Seite angekündigt worden, daß britische Truppen innerhalb von 90 Tagen nach dem 1. März aus Griechenland zurückgezogen werden. Die Rebellen erklären stolz, daß sie dann innerhalb von 24 Stunden die Oberhand gewinnen würden.

Der Abzug der britischen Soldaten ist von den Aufständischen immer wieder gefordert worden. Zugleich damit wird von ihnen das Verlangen nach einem Rücktritt des Parlaments vorgebracht. Hauptschauplatz von Massenkundgebungen war in letzter Zeit Athen.

Seitdem sich die verschiedenen aufständischen Gruppen im Herbst zusammengeschlossen haben, wird der Ausdruck „Banden“ der Situation nicht mehr ganz gerecht. Marcos „Demokratische Armee“ ist schon als Truppe anzusprechen. Er selbst ist ein in Moskau geschulter griechischer Kommunist und war früher Tabakarbeiter in Saloniki. Sein fliegendes Hauptquartier befindet sich im Pindus-Gebirge bei Grevena. Seine „Armee“ ist in drei Abschnittskommandanturen eingeteilt, die sich auf Nordmazedonien, Süd-mazedonien und auf Thessalonien und das Gebiet weiter südlich erstrecken.

Zu Anfang des Winters wurden die Rebellen auf etwa 4000 Mann geschätzt. Rekrutierungen unter den Linksanhängern in den besetzten Dörfern und der Opposition gegen die Unterdrückungsmaßnahmen der Athener Regierung haben die „Demokratische Armee“ inzwischen auf über 8000 Mann anwachsen lassen.

Die Balkan-Kommission, die von den Vereinten Nationen zur Untersuchung der griechischen Grenzverhältnisse entsandt wurde, ist im übrigen eifrig an der Arbeit. Sie hat zunächst am Regierungssitz Athen alle erreichbaren Informationen gesammelt und ihr Büro dann nach Saloniki verlegt. Inzwischen stellt der elfgliedrige Ausschuß Erhebungen im Lande selbst an.

Bisher ist dabei allerdings nicht viel mehr herausgekommen, als daß Griechenlands Nachbarn den Spieß umgedreht haben. Die griechische Regierung behauptete in ihrer Klage, die Rebellen erhielten von den Nachbarn Unterstützung. Von jugoslawischer Seite ist auch eingeräumt worden, daß Jugoslawien es als seine Pflicht betrachte, griechischen Flüchtlingen Obdach zu gewähren und sie brüderlich willkommen zu

heißen. Nach griechischer Lesart bedeutet das aber Unterschlupf für die Aufständischen, die hin und her über die Grenze wechseln.

Die Nachbarn beschuldigen die griechische Regierung nun durch ihre Haltung selbst zur Ursache der kritischen Balkanlage geworden zu sein. Die linksradikale griechische Organisation EAM hat Zahlen vorgelegt wonach von Juli bis Dezember 109 Personen zum Tode verurteilt und hingerichtet und Tausende verhaftet wurden. 12 000 erwarten angeblich ihre Verbannung.

Die Kommission muß das Material natürlich nachprüfen. Klarheit können nur die Untersuchungen an Ort und Stelle in den Grenzgebieten bringen. Erschwerend kommt hinzu, daß das ganze Problem ein doppeltes Gesicht hat: einmal handelt es sich dabei um eine innergriechische Angelegenheit. Denn die Rebellen, nicht nur aus der radikalen Linken stammend, sind mit dem Kurs ihrer Regierung unzufrieden. Zum anderen wird Griechenland als zu westlich eingestellt von seinen östlich orientierten slawischen Nachbarn abgelehnt. Es liegt so im Schattenkegel der großen Politik.

Noch komplizierter werden die Dinge durch die natürliche Verwickeltheit der alten mazedonischen Frage. Mazedonien ist heute zwischen Jugoslawien, Bulgarien und Griechenland aufgeteilt, so daß es eigentlich keinen politischen, sondern nur noch einen geographischen Begriff darstellt. Es gibt aber immer noch Leute, die ein Vereinigtes Großmazedonien anstreben.

Nicht nur Griechenland, sondern auch Bulgarien ist davon wenig entzückt, weil die Idee in Belgrad als Vorspann einer machtpolitischen Vergrößerung aufgefaßt wird. Bei den Rebellen gehen denn auch die verschiedenen Strömungen durcheinander von der innergriechischen Opposition über den mazedonischen Nationalismus bis zu pro-jugoslawischen Tendenzen.

Marcos Vafiades betonte, die griechische Krise müsse politisch gelöst werden, eine militärische Entscheidung sei nicht endgültig.

Auch der amerikanische Außenminister General Marshall hat einen Aufruf an alle griechischen Parteien erlassen, die Zwistigkeiten zu begraben und den wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau zu beginnen. Er wies darauf hin, daß keine noch so große Hilfe die Unabhängigkeit und die Grenzen Griechenlands garantieren könnten, wenn das griechische Volk nicht selbst bereit wäre, für seine Rettung zu arbeiten.